

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Er scheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Seite 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Seite 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernspredker Nr. 210.

Nr. 222.

59. Jahrgang.

Dienstag, den 24. September

1912.

Brandversicherungsbeiträge.

Am 1. Oktober dieses Jahres ist der 2. Termin der Landesbrandversicherungsbeiträge fällig. Er ist mit 1 1/2 Pfg. für eine Einheit zu erheben. Zu seiner Zahlung ist nach der Dienstanweisung zum Gesetze vom 1. Juli 1910 eine Frist bis zum

15. Oktober d. J. zugelassen. Hiernach hat sofort das kostenpflichtige Mahn- bez. Zwangsvollstreckungsverfahren einzutreten, da für die Abrechnung mit der Landesbrandversicherungsanstalt nur eine Frist bis Ende Oktober gegeben ist.

Stadttrat Eibenstock, den 23. September 1912.

Die Sozialdemokratie und der kleine Mann.

Die Sozialdemokratie spielt sich tagtäglich als Anwalt und Schützer der ärmeren und niederen Volksklassen oder, wie es kurz heißt, des kleinen Mannes auf. In Wirklichkeit aber hat sie hierzu gar keine Berechtigung, vielmehr kann man mit viel größerem Rechte das gerade Gegenteil behaupten. So strahlt beispielsweise ein kurzer Blick auf die Steuerpolitik der Herren „Genossen“ diese mit ihrer Behauptung, sie nehmen die Interessen des kleinen Mannes wahr, vollkommen Lügen.

Die Sozialdemokratie hat bisher noch alle Luxussteuern verworfen. So wurde im Jahre 1906 von der Mehrheit des Reichstages nach dem Vorschlag der Regierung eine Steuer auf Automobile, die Sport- und Luxuswagen dienen, beschlossen. Wohlgerückt, Automobile, die zur Güterbeförderung oder gewerblichen Personenbeförderung benutzt werden, blieben von der Steuer unberührt. Man kann sich in der Tat nicht leicht eine gerechtere und zweckmäßigere Steuer vorstellen. Sie trifft nur reiche Leute, da sich ärmere Menschen doch gewiß den Luxus eines Automobils von 20000 Mark und mehr nicht leisten können. Auch wird den Eisenbahnen, deren Einnahmen der Allgemeinheit zugute kommen, durch die Steuer, die auf Automobilen das Land durchrasen, ein erheblicher Verdienst entzogen; es ist daher nicht mehr als billig, daß dieser der Allgemeinheit entfallende Schaden durch eine Sonderbesteuerung der Luxusautomobile wenigstens einigermaßen wieder gutgemacht wird. Ferner werden die aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Fahrstraßen durch die Autos tausendfach mehr ruiniert als von Fuhrwerken anderer Art. Auch in dieser Hinsicht erfordert daher die Gerechtigkeit einen steuerlichen Ausgleich. Und wie groß sind endlich nicht die Schäden und Belästigungen, die der Automobilverkehr sonst noch mit sich bringt. Das Kleinvieh, Hunde, Schweine, Gänse, Enten, Hühner, das auf der Dorfstraße unter den Wörtern sein Leben aushauchen mußte, ist kaum noch zu zählen. Demnach erscheint eine Besteuerung der Sport- und Luxusautomobile so gerechtfertigt wie nur möglich. Dennoch hat die Sozialdemokratie im Reichstage gegen die Automobilsteuer gestimmt. Wer aber gegen eine so berechtigte Luxussteuer wie die Automobilsteuer stimmt, der beweist damit unter allen Umständen, daß er kein Herz für den kleinen Mann aus dem Volke hat.

Anlässlich der Flottenvorlage des Jahres 1900 ist vom Reichstage ferner eine Champagnersteuer beschlossen worden, die dann bei der Reichsfinanzreform des Jahres 1909 noch eine Erhöhung erfahren hat. Schon in den ersten 4 1/2 Jahren ihres Bestehens hat diese Champagner- oder Schaumweinsteuer einen Steuerertrag von rund 20 Millionen Mark geliefert. Das ist doch gewiß kein Pappenstiel. Die Sozialdemokratie im Reichstage aber hat auch gegen die Champagnersteuer gestimmt und dieselbe mit aller Macht bekämpft. Für ihre Ablehnung machten die Sozialdemokraten sogar geltend, daß der Champagner ein „unentbehrliches Volksgetränk“ sei. Wenn das nicht unsinniger Schwundel ist, dann gibt es solchen überhaupt nicht. Daß die Führer der Sozialdemokratie, die ja wie Bebel, Bollmar, Singer, Arons, Südekum u. s. w. zum großen Teil Millionäre und schwerreiche Leute sind, für ihre Person den Champagner als ein unentbehrliches Getränk betrachten, glauben wir gern. Die Arbeiter und kleinen Leute aber, die schon einmal in ihrem Leben Champagner getrunken haben, dürften wohl an den Fingern herzuzählen sein. Die Sozialdemokratie hat also auch mit ihrer Haltung in Sachen der Champagnersteuer die Interessen der ärmeren Volksklassen zugunsten einer winzigen Minderheit reicher Leute verraten.

Einen weiteren Beleg für die volksfeindliche Steuerpolitik der Sozialdemokratie endlich liefert ihr Verhalten bei Beratung des geltenden Posttariffs im Jahre 1902. Die Sozialdemokraten stellten damals eine Menge Anträge auf Zollfreiheit für Luxusgegen-

stände und feine Genussmittel, die nur in das Haus und auf den Tisch der Reichen kommen, wie seidene Ballkleider, Pariser Damenhüte, Straußensebenschächer, persische Teppiche, Champignons, Trüffel, Artischocken u. s. w., und nur der bürgerlichen Mehrheit im Reichstage ist es zu verdanken, daß diese Anträge nicht Gesetz geworden sind. Ihre Annahme hätte natürlich zur Folge gehabt, daß an die Stelle von Zöllen, durch welche die ärmeren Volksklassen gar nicht bedrückt werden, andere Zölle oder Steuern hätten treten müssen, von denen auch die unbemittelten Kreise betroffen worden wären. So sieht die Steuerpolitik der Sozialdemokratie in Wirklichkeit aus. Sie beweist, daß es ein blutiger Hohn ist, wenn die Sozialdemokratie sich als Vertreterin der Interessen des kleinen Mannes ausgiebt, und daß derjenige ein Gimpel ist, der sich durch solches Lügenpiel einfangen läßt.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Dank des Kaisers an die Flotte. Am Schluß der Herbstmanöver der Flotte hat, wie aus Wilhelmshaven halbamtlich mitgeteilt wird, der Kaiser folgenden Funkspruch an die Flotte gerichtet: „Ich spreche der Hochseeflotte und den ihr für die Herbstmanöver zugeteilten Verbänden, sowie den Streitkräften der Küstenverteidigung meine volle Anerkennung für die mir gezeigten Leistungen und den wärmsten Dank für die mühevollen, treue Arbeit zur Hebung unserer Kriegsfertigkeit aus!“

— Es muß sich in Deutschland doch nicht so schlecht leben, sonst würde die Zuwanderung aus anderen Ländern nicht so stark sein. Die Volksverheerung werden ja nicht müde, den Arbeitern unsere deutschen Zustände als unerträglich und völlig elend zu schildern. Demgegenüber ist von Wert, was die angestellten Ermittlungen jetzt berichten. In den letzten 20 Jahren ist die Bevölkerung von 44 1/2 auf 65 Millionen Einwohner gestiegen. Der jährliche Bevölkerungszuwachs beträgt 900 000 Köpfe. In anderen Ländern: Oesterreich-Ungarn, Italien, Spanien, England steigt die Zahl derer, die ihr Heimatland verlassen, von Jahr zu Jahr. Dagegen sinkt bei uns seit 1881 die Auswanderung ununterbrochen. In den 5 Jahren 1881—1885 betrug der Verlust der deutschen Bevölkerung durch Abwanderung noch 980 000 Köpfe. Dieser Verlust verminderte sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre allein durch Einwanderung vom Ausland her in einen Gewinn von 94 000, im Jahresanf. 1901—1905 in einen solchen von 52 000 Köpfen. — Woher mag das kommen? Kein anderes Land der Erde hat es gewagt, uns unsere fürsorgende Gesetzgebung für die handarbeitenden Schichten das Volkes voll nachzumachen. Kein Land wagt es, seinen Gewerbetreibenden, seiner landwirtschaftlichen Bevölkerung solche schweren Lasten zugunsten derjenigen aufzuerlegen, welche ihr Brot mit ihrer Hände Arbeit verdienen müssen, wie es seit Jahrzehnten nun schon in Deutschland der Fall ist. Ehrliche Leute des Auslandes erkennen auch unumwunden an, daß der deutsche Arbeiter am besten von allen dasieht. Und so kommen sie denn und suchen bei uns Unterlust. Bloß der deutsche Arbeiter erkennt seine bevorzugte Lage noch immer nicht an. Das ist schmerzlich und betrübend, darf aber eine zielbewusste, feste Regierung nicht abhalten, in der begonnenen Fürsorge fortzufahren. Zahlen und Tatsachen sind schließlich doch mächtiger, als alle Lügen und Entstellungen. Und fast will es scheinen, als dämmerte doch hier und da bereits eine bessere Erkenntnis auf. Man darf nicht müde werden, gegenüber allem Lug und Trug dem deutschen Arbeiter immer wieder die Wahrheit über seine Lage zu sagen. Die Wahrheit muß doch endlich siegen.

Rußland.

— Der russische Marinestat für 1913. Zur Ausführung des kleinen Flottenprogramms erweitert das Marineministerium die Admiraltätswerft, die baltische Werft, die Obuchow-Werke und die Kronswerk-

ten mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen Rubel. Der Ausgabeetat des Marineministeriums für 1913 ist auf 230 300 000 Rubel festgesetzt, davon entfallen 69 500 000 Rubel auf den Schiffsbau des kleinen Programms, 18 Millionen auf den Weiterbau der Linienschiffe „Sewastopol“, „Petropawlowsk“, „Gangut“ und „Poltawa“ und 28 Millionen auf den Weiterbau von Schiffen der Schwarzmeer-Flotte.

Italien.

— Proklamation für den Dreibund. Arturo Labriola, einer der Hauptführer der sozialistischen Partei veröffentlicht einen flammenden Artikel zu Gunsten des Dreibundes. Die letzte Proklamation der französischen Vorherrschaft im Mittelmeer müsse Italien mit einer aufrichtigen und sogar herzlichen Wiederannäherung an Oesterreich beantworten. Labriola sagt, er sei immer ein Gegner des Dreibundes gewesen, aber in diesem Augenblick sei er von seiner Abneigung völlig geheilt.

— Abgeordneter Cirmeni über die Friedensverhandlungen. Der Abgeordnete Cirmeni, der direkte Beziehungen zu den italienischen Unterhändlern hat, kündigt in der „Stampa“ den baldigen Abschluß des Friedens an. Er bestätigt, daß nur noch eine Formel für die italienische Souveränität zu finden ist, da die von der Türkei bisher gemachten Vorschläge den Anspruch Italiens auf volle Souveränität nicht befriedigen. Von besonderer Wichtigkeit ist in der Information Cirmenis die Feststellung, daß die jetzigen Unterhändler von beiden Regierungen Vollmacht haben, den Frieden endgültig abzuschließen und zu unterzeichnen, ohne daß es nötig ist, die Abmachungen noch einmal durch offizielle Unterhändler durchberaten zu lassen.

Holland.

— Sow Drager Schiedsgericht. Sicherem Bernehmen soll die Sitzung des Schiedsgerichts in der Angelegenheit der Beschlagnahme der Dampfer „Carthago“ und „Manouba“, die ursprünglich auf den 28. September angelegt worden war, auf einen späteren Termin verschoben werden, da der italienische Schiedsrichter Fusinato, der augenblicklich von den italienisch-türkischen Friedens-Verhandlungen in der Schweiz in Anspruch genommen ist, zu dem ursprünglich festgesetzten Termin voraussichtlich nicht wird erscheinen können.

Frankreich.

— Ein französisches Urteil über die deutschen Kaisermanöver. Ein französischer Militär, der sich nicht nennt, gibt im „Matin“ sein Urteil über die deutschen Kaisermanöver. Es läßt sich nach ihm folgendermaßen zusammenfassen: Eiserne Manneszucht, ausgezeichnete Truppen, bemerkenswerte Organisation, glückliche Anwendung der drahtlosen Telegraphie und des Fernsprechers, der Automobile und des Lenkballons, dagegen Flugwesen gleich Null. Die beständig gute Haltung der Truppen gegenüber allen Strapazen ist mit Recht gerühmt worden. Die Marschdisziplin war bemerkenswert. Die Leute ertragen die von ihnen geforderten Anstrengungen bewundernswürdig, indessen hat jede der beiden Armeen in drei Tagen doch nur 100 Kilometer zurückgelegt, also im Durchschnitt 33 Kilometer, was nicht gerade eine außerordentliche Leistung ist. Die Organisation ist bis ins einzelne durchgebildet und so methodisch, daß in der Stunde der Entscheidung alle Räder ohne Zweifel so genau laufen werden, wie in der Ruhe des Friedens.

— Propaganda gegen die zweijährige Dienstzeit in Frankreich. General Chereffs beschwört im Echo de Paris den Kriegsminister Millevand, unverzüglich ein Gesetz einzubringen, das die dreijährige Dienstzeit wieder einführt, und zwar nicht nur für die reitenden Waffen, für Kavallerie und Artillerie, sondern auch für die Infanterie. Die zweijährige Dienstzeit sei ein Verbrechen am Heere und an Frankreich. Die Regierung habe sich dieses Jugeständnis von der irreführenden öffentlichen Meinung abringen lassen.

— Gesundheitsstatistik. Im Amtsblatt